

Verkaufsstelle:
In Berlin
an der Expedition
des **Preussischen (K. u. K.)**
Beiblattes Nr. 14
in Berlin
bei Herrn H. Schindler,
Marken-Verkaufsstelle Nr. 4;
in Berlin bei Herrn H. Schindler;
in Frankfurt a. M.
G. F. Dörfler & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 815.

Freitag, 20. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Amtliches.

Berlin, 19. November. Der Kaiser hat dem Bezirks-Präsidenten von Arnim-Boitzenburg in Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Amte in Gnaden ertheilt, den seit. Konigl. in St. Petersburg, Legat aus Rath Dr. Busch, und die Leg. Räte von Ruffenow und Humbert zu Wirk. Leg. Räten und Vortrag. Räten im Auswärtigen Amte ernannt.

Der König hat den Kreisdeput. Heinrich IX., Prinzen Neuf auf Neuhoff zum Landrathe des Kreises Hirschberg, den Kammer-Präsidenten Hans bei dem Landgericht in Düsseldorf zum Präsid. des Landger. in Köln, und den hies. Dirg. des Gymnasiums in Groß-Strehlitz, Gymnasial-Oberlehrer Gustav Schroeder, zum Gymnasial-Direktor ernannt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 19. Nov. Das Abgeordnetenhaus beschloß in einer heute abgehaltenen vertraulichen Sitzung, der beantragten gerichtlichen Verfolgung der Abgg. Schöffel und Schönerer stattzugeben.

Paris, 19. Nov. Nach hier eingegangenen Nachrichten haben die Karlisten ihre früheren Stellungen an der französischen Grenze wieder eingenommen, die Verbindung zwischen Iron und San Sebastian ist unterbrochen. Von den hiesigen Blättern, welche fast alle den unermesslichen Stillstand, der in den Operationen der Regierungstruppen eingetreten ist, besprechen, wird besonders darauf hingewiesen, daß ein Zurückdrängen der Karlisten von der Grenze der spanischen Regierung jeden Vorwand zu Reklamationen gegen die französische Regierung genommen haben würde.

Madrid, 19. November. Die carlistischen Abtheilungen in Catalonien unter Tristany, Mirer und Galeran sind auf dem Rückzuge begriffen und werden von den Regierungstruppen lebhaft verfolgt.

London, 18. November. Graf Derby empfing heute eine Deputation von syrischen Priestern, welche bei ihm über die Bedrückung der Christen in Syrien Klage führten. Der Minister erwiderte der Deputation, obgleich der Sultan in dem pariser Friedensvertrage seinen christlichen Unterthanen den erforderlichen Schutz zugesagt habe, sei durch die weiteren Bestimmungen dieses Vertrages den Mächten eine förmliche Intervention nur dann gestattet, wenn die der Pforte untergebenen christlichen Bevölkerungen in ihrer nationalen Existenz bedroht würden. Die englische Regierung müsse sich deshalb darauf beschränken, bei der türkischen Regierung freundschaftliche Vorstellungen zu erheben.

London, 19. November. Nach einem Telegramme der „Morning Post“ aus Kalkutta vom 17. d. M. hat sich der Emir von Afghanistan bei einem ihm von Jacob Khan abgeleiteten Besuche, bei welchem die zwischen ihnen bestehenden Streitigkeiten geschlichtet werden sollten, Jacob Khan's auf veräberliche Weise bemächtigt und denselben gefangen gesetzt. — Durch Nachrichten, welche den Zeitungen aus Pernambuco vom 17. c. entnommen sind, wird das Gerücht, daß der Aufstand in Buenos Ayres unterdrückt sei und daß sich General Mitre auf der Flucht befinde, nicht bestätigt, vielmehr werden die Feindseligkeiten noch fortgesetzt. Indes stände die Regierung mit den Insurgenten in Unterhandlungen.

Petersburg, 19. November. Trotz der officiellen Dementi's kann mit äußerster Bestimmtheit versichert werden, daß die Lage am Amur-Darja eine durchaus ernste ist und daß der Khan von Kiwa bei der russischen Regierung um Hilfe gebeten hat. In hiesigen politischen Kreisen vermuthet man, daß die russische Regierung dieser geforderten Intervention nicht fern steht. (S. T. B.)

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung.

Berlin, 19. November, 2 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Deibrid n. A. Der Abg. v. Jordanbeck ist nicht im Hause anwesend. Die Tribünen sind überfüllt.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung, auf der nur die Wahl des ersten Präsidenten des Reichstages steht, ertheilt der erste Vizepräsident Schenk v. Stauffenberg dem Abg. Weseler das Wort, der folgende Erklärung verliest:

„Ich muß es für möglich halten, daß im Laufe der gestrigen Verhandlungen über die Geschäftsordnung Ausdrücke vorgekommen sind, welche den vorstehenden Präsidenten gekränkt haben und vielleicht unbewußt ein gemüthliches Motiv gewesen sind, sein Amt eines ersten Präsidenten niederzulegen. Sollte dies der Fall gewesen sein, so erkläre ich offen und ehrlich, daß mir nichts ferner gelegen hat, als dem Herrn von Jordanbeck, von dessen Person ich die höchste Achtung hege, und dessen unparteiische treue Geschäftsleitung ich mit dem ganzen Hause dankend anerkenne, irgend wie zu nahe zu treten. Wenn ich dennoch obstruirt in der Lebhaftigkeit der Debatte auf eine den Präsidenten fränkende Weise mich ausgedrückt haben sollte, so stehe ich nicht an zu erklären, daß ich das aufrichtig bedauere.“

Beifall.
Nach dieser Erklärung, die schriftlich aufgesetzt war, weil der Abg. Weseler ein Interesse an der Authentizität jedes von ihm gebrachten Ausdrucks zu haben versicherte, verlangte der Abg. Windthorst zur Tagesordnung das Wort:

„Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß das ganze Haus mit mir aufrichtig bedauert hat, daß unser verehrter früherer Präsident, Herr v. Jordanbeck in Folge des gestrigen Votums sich veranlaßt gesehen hat, das Präsidium niederzulegen. Der verehrte Präsident hat gesagt, daß er nach diesem Votum glaube nicht die nötige Autorität bewahrt zu haben. Nach meinem Dafürhalten liegt die Autorität des Präsidenten in dem Vertrauen, welches ihm von den Mitgliedern des Hauses zu Theil wird und ich bin der Meinung, daß in dem gestrigen Votum nach ruhiger Ueberlegung nichts gefunden werden kann, was irgendwie ansetzt, daß dieses Vertrauen irgendwo erschüttert worden ist. Meine Herren! Der Herr Präsident von Jordanbeck hat in früherer Zeit bewiesen, daß er vorzugsweise befähigt ist, große Versamm-

lungen zu leiten, daß er jederzeit mit Energie die Geschäfte befördert, daß er immer mit großer Unparteilichkeit Allen gerecht zu werden bestrebt gewesen ist. (Beifall.) Meine Herren! Ich glaube nicht zu irren, wenn ich in Aller Sinne sprache, indem ich Sie auffordere, durch Applausation den verehrten Herrn von Jordanbeck wiederum auf den Präsidentenstuhl, dessen Herrde er ist, zu erheben (Lebhafter Beifall.) Ich beantrage also, den Herrn v. Jordanbeck zum ersten Präsidenten wieder neu zu wählen. (Allseitige Zustimmung.)

Vizepräsident v. Stauffenberg: Der Antrag des Vorredners kann nur dann in Kraft treten, wenn kein Mitglied des Hauses widerspricht. Ich frage deshalb, ob ein Mitglied des Hauses diesem Antrage widerspricht. Dies geschieht nicht. Ich erkläre deshalb, daß der Antrag des Abg. Windthorst, den Abg. v. Jordanbeck zur Applausation zum ersten Präsidenten wiederzuwählen, angenommen und Herr v. Jordanbeck wiedergewählt ist. Herr v. Jordanbeck ist, wie ich höre, im Hause nicht anwesend, ich werde ihm den Beschluß deshalb mittheilen.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Der Herr Präsident hat bis jetzt nur erklärt, daß der Antrag des Abg. Windthorst zur Verhandlung kommen kann. Ich glaube aber, es wird erforderlich sein, daß das Haus diese beantragte Applausation wirklich vollzieht. Ich erlaube deshalb den Herrn Präsidenten, diese Applausation zu extrahieren.

Vizepräsident v. Stauffenberg: Es ist bis jetzt immer so verfahren, daß lediglich festgestellt wurde, daß kein Widerspruch erfolge. Diese einfache Konstatierung genügt, um die Applausation für vollzogen zu erachten. (Zustimmung.)

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Antrag Sonnemann betreffend die Aufhebung des Strafverfahrens gegen die Abgg. Reimers, Haselmann und Gieb; Antrag Liebnecht auf Verurteilung der inhaftirten Abgg. Haselmeier, Bebel und Wolf; §. 6 Entwurf, betr. die Steuerfreiheit des Reichseinkommens; mehrere kleinere Geleise. — Zum Schluß theilte der Vizepräsident noch mit, daß sich das Haus am Sonnabend darüber schlüssig zu machen haben würde, ob es in den ersten Tagen der nächsten Woche die Zulagefrage in erster Lesung beraten wolle.)

Parlamentarische Nachrichten.

* In parlamentarischen Kreisen unterhält man sich recht lebhaft über das vorausgesetzte Schicksal des Diäten-Antrags. Vom Reichstage wird derselbe natürlich angenommen werden. Auch die Gegner der Diäten können sich's nicht verhehlen, daß die Verjaugung von Diäten den Ausschlag der Talente zur Folge hat und den Angehörigen des deutschen Reiches das allgemeine Wahlrecht nicht in vollem Maße zu Theil werden läßt, während die Gewährung von Diäten dem Volke verleiht, daß das Parlament dem bürgerlichen Verdienst auch ohne Stand und Reichthum offen steht. Eine andere Frage ist die wegen der Stellung des Bundesrathes resp. der Stellung des Fürsten Bismarck. Als im konstituierenden Reichstage die Gewährung von Diäten verlangt wurde, ging der Bundeskanzler sogar soweit, das Zustandekommen der Bundesverfassung in Frage zu stellen, wenn die Majorität des Reichstages dem die Diäten vorenthaltenden Artikel des Verfassungsentwurfs nicht beistimmen würde. Wenn seitdem Fürst Bismarck wiederholt im Reichstage die Nichtgewährung von Diäten für ein notwendiges Gegengewicht gegen das allgemeine Stimmrecht erklärte, so liegt darin nicht der alleinige Grund der Abneigung gegen die Gewährung von Diäten. Bismarck soll der Ansicht sein, daß die Volksvertretungen nur dann ein lebendiges Bild der Bevölkerung zu geben im Stande seien, wenn die Parlamentssitzungen möglichst kurze Zeit in Anspruch nehmen, da fast alle diejenigen, die zu Hause eine Beschäftigung haben, sich nicht bereitwillig und mit voller Eingabe dazu herbeilassen könnten, als Wahlmandatanten aufzutreten. Nach seiner Meinung machen es nur kurze Parlamente möglich, daß alle Berufskreise die Zeit erübrigen können, um dem Vaterlande als Volksvertreter zu dienen. Er hält es nun für eine Erfahrungssache, daß diätenlose Sitzungen immer kürzer seien, als diejenigen, bei denen Diäten gegeben werden. Daß der — namentlich bei Diäten-Gewährung — aus der Volksvertretung einen Lebensberuf machende Abgeordnete im Parlamente vorherrsche, hält der Fürst nicht für gut, da dann das Parlament keine wirkliche Volksvertretung, vielmehr nur eine Art von berufsmäßiger bureaukratischer Volksvertretung sei, die unmöglich stets im Sinne des Volkes und seiner augenblicklichen Stimmung, in lebendiger Vertretung aller Berufsstände wirken können. Sade des Reichstages wird es sein, gegen diese Ansichten des Reichskanzlers bei der Beratung des Diäten-Antrages anzukämpfen.

* Die Kommission des Reichstages zur Vorberatung des Gesetzesentwurfs über den Landsturm hat die erste Lesung beendet und demselben folgende Fassung gegeben: Unterdrift und Einleitung unverändert. § 1a Der Landsturm besteht aus allen Wehrpflichtigen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 42. Lebensjahre, welche weder dem Heere noch der Marine angehören. Der Landsturm tritt nur auf Befehl des Kaisers zusammen, wenn ein feindlicher Einfall Theile des Reichsgebiets bedroht oder überzieht. (§ 3 alin. 2 und § 16 des Gesetzes vom 9. November 1867.) — § 1 unverändert wie § 1 der Vorlage. — § 2a Auch nicht wehrpflichtige aber wehrfähige Deutsche können als Freiwillige in den Landsturm eingestellt werden und ist daher gleichzeitig mit oder sofort in Folge der kaiserlichen Verordnung, welche das Aufgebot anordnet, ein Aufruf zur Meldung solcher Freiwilligen zu erlassen. — § 2 unverändert wie § 2 der Vorlage. — § 3 der Vorlage abgelehnt. — §§ 4 und 5 der Vorlage (s. § 3 und 4) unverändert. — § 5 Gegenwärtiges Gesetz kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnisvertrages vom 23. November 1870 unter III. § 5 zur Anwendung. Dasselbe findet auf die vor dem 1. Januar 1851 geborenen Elsaß-Lothringer keine Anwendung. — Urkundlich etc.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 19. Novbr. Die Einberufung des Kommunal-Landtages der Hohenzollern'schen Lande ist für den 13. Dezember d. J. in Aussicht genommen. Durch eine jüngst erlassene Verfügung hat der Minister des Innern, im Einverständnisse mit dem Justizminister, einige von Seiten der Provinzialbehörden gestellte Anfragen wegen Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes, beantwortet. Nach den Ausführungen des Erlasses würde eine Anordnung in dem Sinne, daß der Standesbeamte in jedem Falle einer Geburtsanzeige, bezüglich dessen ihm die stattgefundene Verehelichung der Eltern nicht aus eigener Wissenschaft bekannt ist, oder nicht durch eidesstattliche Bernennung von ihm bekannten Personen werden kann, die Beibringung eines Attestes über

die stattgehabte Verehelichung zu fordern habe, in den Bestimmungen des Gesetzes vom 9. März eine ausreichende Grundlage nicht finden. Den Anzeigepflichtigen könne die Beschaffung eines Nachweises über die erfolgte Eheschließung der Eltern nicht zur Pflicht gemacht werden. Ferner sei ein formeller Nachweis der Anordnung des bürgerlichen Aufgebots vor dem Erlasse des kirchlichen Aufgebots gesetzlich nicht erforderlich. Eine schriftliche, selbst eine mündliche Benachrichtigung des Pfarramts durch die Eheschließenden über die erfolgte Anordnung des Aufgebots sei als genügend zu erachten, da dem Erlasse des kirchlichen Aufgebots eine rechtliche Bedeutung überhaupt nicht mehr beizumehne und die vor jeder kirchlichen Einsegnung beizubringende Bescheinigung der stattgefundenen Eheschließung den Nachweis des ordnungsmäßig angeordneten und erfolgten bürgerlichen Aufgebots in sich schließe. Indessen sei nichts dagegen zu erinnern, daß den Verlobten von Seiten der Standesbeamten auf ihren Wunsch eine Bescheinigung über das angeordnete Aufgebot ertheilt werde. — Der bisher als Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern beschäftigt gewesene Regierungsrath Haase aus Hannover ist zum Geheimen Regierungsrath ernannt worden. — Die Geh. Räte Woblers und Persius haben sich nach Beendigung der Beratungen in Kassel zunächst nach Wiesbaden begeben. — In Romawies bei Potsdam soll ein Mutterhaus zur Ausbildung von christlichen Kleinkinder-Lehrerinnen eröffnet werden, für dessen Leitung der Inspektor Rante aus Schildasche bei Bielefeld auserselben ist. Von Seiten der kirchlichen Behörden ist den Geistlichen anempfohlen worden, dieses Unternehmen zu unterstützen und das Interesse an der Kleinkinderschule in ihren Gemeinden zu wecken.

Berlin 19. November. Bei den Stadtverordnetenwahlen hat die Bergpartei, wie vorausgesehen gewesen, einen ziemlich beträchtlichen Sieg errungen; sie hat 4-5 Plätze gewonnen, keinen ihrer früheren eingeküßt. Unter den neu in das Stadtverordneten-Kollegium Eingetretenen befindet sich auch der als „Bürgerlicher“ hochgeschätzte Eugen Richter, welcher selbst denen als ein Gewinn für die Stadtvertretung erscheinen dürfte, die seinen politischen Standpunkt nicht theilen.

BAC. Berlin, 19. November. [Zur Lage des Bank-Gesetzentwurfs.] Die erste Lesung des Bankgesetzesentwurfs hat ihren Zweck vollständig erfüllt. In einer dreitägigen Debatte ist erreicht worden, was kaum jemals in einer ersten Lesung erzielt worden ist, daß nämlich die Ansichten sowohl der Mehrheit des Reichstages, wie auch der Regierungen sich völlig geklärt haben. Während auf Seiten der Regierung beim Eintritt in die Debatte die Befürchtung bestand, daß die indirekte Kontingentierung der Banknotenausgabe, auf welche von ihr der höchste Werth gelegt wird, im Reichstage am meisten Anstoß erregen würde, stellte sich im Laufe der Debatte heraus, daß die größte Majorität für diesen Schwer- und Angelpunkt des Gesetzes gesichert ist. Während man auf der anderen Seite zweifelhaft war, ob und welche Mehrheit im Reichstage für die Reichsbank sich herausstellen würde, hat sich gezeigt, daß außerhalb des Zentrums kaum noch einige vereinzelte Gegner der Reichsbank vorhanden sind. Die Regierung hat beim Schluß der Verhandlungen die indirekte Kontingentierung für den Schwer- und Angelpunkt des Gesetzes erklärt; die Mehrheit des Reichstages hat diesen Punkt angenommen, aber die Ergänzung des Gesetzes durch die Reichsbank verlangt, so daß kein Grund abzusehen ist, warum nicht auf Grundlage der Reichsbank das Gesetz zu Stande kommen sollte. Ob formale Schwierigkeiten dem in den Weg treten, ob im Laufe dieser Session die Zeit zu kurz ist, um das Bankgesetz zum Abschluß zu bringen, läßt sich allerdings nicht übersehen; aber es ist auch dieses nicht einmal mit Grund anzunehmen.

— Die „Nat. Ztg.“ kommt auf den bekannten Zwischenfall in der Reichstags-Sitzung vom 18. d. zurück. Sie erklärt denselben aus den Verhältnissen des Reichstages und schreibt:

Es fehlt dem Reichstage leider zur Zeit an einer feststehenden kompakten Majorität, sobald nicht die großen nationalen Gesichtspunkte der allgemeinen Politik in Frage kommen. Dies erzeugt mit Nothwendigkeit für die Behandlung der einzelnen Fachfragen Schwierigkeiten, denen die formelle Seite des kaiserlichen Antrages zum Opfer gefallen ist. Die Sache selbst, wiederholten wir, ist dadurch aber völlig unberührt geblieben. Wenn der maßgebende Einfluß der nationalliberalen Partei im Reichstage erhalten bleiben soll, ist freilich durchaus nothwendig, daß auch betreffs der formalen Behandlung der Geschäfte in der Partei eine größere Einheit hergestellt werde. Dieser Gedanke drängt sich Angesichts der gestrigen Vorfälle jedem Unbefangenen auf. Wir vernehmen denn auch mit Genugthuung, daß schon heute Vormittag in einer Partei-Versammlung dieserhalb verhandelt ist und die Auffassung einer besseren Geschäftsordnung für die Partei in Angriff genommen werden soll. Kann selbstredend nicht davon die Rede sein, irgend ein Mitglied in seiner gewissenhaften Entscheidung bestimmen zu wollen, so muß doch eine gegenseitige Rücksichtnahme der Mitglieder unter einander in der Form gesichert sein. In dieser Beziehung hat man das gestrige Auftreten des Abg. Weseler in der heutigen Sitzung der nationalliberalen Partei von Seiten des Vorstandes und vieler Mitglieder bemängelt. Wenn es darüber zwar zu befriedigenden Erklärungen unter den betreffenden Personen gekommen ist, so hat sich doch — wie wir erfahren — der Abg. Weseler dadurch veranlaßt gesehen, seinen Austritt aus der Fraktion zu erklären. — Die Wiederwahl des Präsidenten von Jordanbeck anlangend, so hat die nationalliberale Partei denselben erluchen lassen, sich zur Wiederannahme des Präsidiums bereit zu erklären und hat Herr v. Jordanbeck dieses zugesagt.

Der Abg. Georg Weseler ist Professor der Rechte (und Geh. Justizrath) an der Berliner Universität und liebt Deutsches Recht und Staatsrecht („System des gem. deutsch. Privatrechts.“ Seine Auslassung über den kaiserlichen Antrag lautet nach der „Nö. Corresp.“ wie folgt:

(Zur Geschäftsordnung): Ich wünsche eine Reichsbank zu erhalten und bin bereit, alle erforderlichen Mittel dazu anzunehmen, daß dies Ziel erreicht werde, halte aber den Antrag Lascher nicht für ein zulässiges Mittel. Ich stehe vor der Alternative, ihn entweder für eine bloße Meinungsäußerung zu halten — und um eines so harmlosen Zweckes willen wird Herr Lascher kaum eine siebenjährige Praxis des Hauses verlassen — oder er ist eine Willensklärung, welche der Kommission eine Direktive geben soll, — und dann halte ich ihn für unstatthaft. Ich kann besonders die Ansicht des Präsidenten über die Bedeutung des § 19 der Geschäftsordnung nicht theilen; der Schlusssatz desselben bedeutet nur, daß die Kommission, an welche ein Theil einer Vorlage verwiesen wird, sich ausschließlich mit diesem Theile befassen soll, seine Bedeutung ist also eine quantitative, keine qualitative, der Kommission kann nicht vorgeschrieben werden, wie sie ihre Aufgabe erledigen soll. Indem der vorliegende Antrag eine solche Vorschrift enthält, halte ich ihn für eine Neuerung, welche vielleicht dem § 16 nicht direkt widerspricht, aber zur Wahrung des Rechtsbegriffs im Hause vermieden werden sollte. Die Majorität darf diesen schon aus Achtung vor der Minorität nicht verlassen, es gebietet dies nicht nur die Ehrbarkeit, sondern auch die Klugheit. (Beifall im Centrum.)

Bei dem Fürsten Reichskanzler fand gestern ein parlamentarischer Diner statt, woran der Gesamtvorstand des Reichstages, die Präsidenten v. Försch, Freiherr Schenk v. Stauffenberg, Dr. Hänel, die Schriftführer Dr. Weigel, Böckel, Derenburg, Bernards, Freiherr v. Soden, Graf Kleist, Stamm, Herz, sowie der Quästor v. Pulkowier einerseits — die Spitzen der Reichsbehörden andererseits, nämlich der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Delbrück, der Chef der Admiralität, Staatsminister von Stosch, der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Staatsminister von Bülow, Wirklicher Geheimrath v. Philippsborn, Wirkl. Geheimrath Ed. Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath Herzog, General-Postdirektor Stephan, General-Telegraphendirektor Meydam, der Präsident des Reichs-Eisenbahnrats Maybach, Unterstaatssekretär Dr. Friedberg, der Präsident des Bundesamtes für das Heimathwesen König und Graf Wendt zu Eulenburg theilnahmen.

In Sachen Arnim meldet die „Post. Ztg.“ vom 19. d.:

Dem Grafen Arnim wurde gestern in seiner Wohnung am Pariser Platz die Anklageschrift vorgelesen und nach der Verlesung eingehändigt. Der Inhalt derselben entzieht sich selbstverständlich der öffentlichen Kenntnissnahme. Als Anlagen waren der Anklageschrift die Abschriften der von Karlsbad aus und der in voriger Woche von hier aus zurückgelieferten Aktenstücke beigegeben und wurden durch den Gerichtsschreiber offen überliefert. Eine allzu ängstliche Geheimhaltung scheint demnach nicht für erforderlich gehalten zu sein. Dem Grafen wurde angekündigt, daß es ihm in Berücksichtigung seines leidenden Zustandes gestattet sei, täglich eine Stunde lang in Begleitung eines Stenographen zu gehen. Weshalb man sich nicht auch in diesem Falle, wie bei der Verhängung des Hausarrestes, mit der Unterzeichnung eines Reverses begnügt, wissen wir nicht.

Die „Post. Ztg.“ bemerkt zugleich:

„Gegenüber einer in mehrere Blätter übergegangenen Behauptung einer neuensüchtigen hiesigen Korrespondenz, Graf Arnim habe im vergangenen Frühjahr mit der Redaktion der „Epen. Ztg.“ in Verbindung treten, ihr wichtige Mittheilungen machen und interessante Aktenstücke zur Verfügung stellen wollen, wird uns erklärt, daß alles dies thatsächlich unrichtig ist.“ (Es sind damit die von und im heutigen Morgenblatt abgedruckten Angaben der „D. Allg. Corr.“ gemeint, die von Redakteuren der früheren „Epen. Ztg.“ herausgegeben wird.)

Auch der „Kreuz. Ztg.“ wird die Mittheilung, Graf Arnim habe der „Epen. Ztg.“ Aktenstücke zur Verfügung stellen wollen, „auf das Bestimmteste als unwarhaft bezeichnet.“ Diefelbe hört zugleich, „daß Graf Arnim sich gegen Dr. Sehlte (den Herausgeber der „D. Allg. Corr.“) wegen verschiedener Äußerungen in dem besagten Artikel mehrere Schritte vorbehalte.“

Am Mittwoch beging Professor Twesten, wie früher finanziert, sein 60jähriges Dozentenjahr laum. Die Studirenden veranstalteten ihm zu Ehren in der „Urania“ einen Kommerz, der sich reger Theilnehmung erfreute. Wir entnehmen darüber der „Nat. Ztg.“ Folgendes:

Es mochten an 250 Studirende anwesend sein, vorwiegend Theologen naturgemäß; jedoch auch die anderen Fakultäten waren vertreten. — Unter den Ehren Gästen befanden sich neben dem Jubilar der Abgeordnete Lascher, die Professoren Wommsen, Curtius, Lepsius, Dörner, Semisch, Kleinert u. A. Es gab dem Feste eine erhöhte Weihe, daß zwei so hochbedeutende Redner, wie Lascher und Curtius, das Wort ergriffen. Nach den von Seiten des Festkomitees auf den Jubilar, von Seiten des Hofpredigers Bauer auf die jungen deutschen Theologen und vom Professor Kleinert — als Extraordinarius, auch „extra ordinem“ wie er sagte, — auf „die Damen auf hohem Posten“ auszusprechenden Festwünschen, ergriff zunächst Herr Professor Curtius das Wort und sprach in warmen Worten dem Festkomitee seinen Dank dafür aus, daß es ihm Gelegenheit gegeben habe, am Feste derjenigen Theil zu nehmen, die die Verbreitung der höchsten Gerechtigkeit zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben. — Unter der jubelnden Zustimmung der Versammlung nahm darauf Abgeordneter Dr. Lascher das Wort, der — wie er begann — gleichsam Saul unter den Propheten scheinen würde. Neben der langjährigen Freundschaft zum Hause Twesten, die sein Heimkommen zunächst veranlaßt habe, fühle er sich jedoch zu dieser Versammlung hingezogen durch die Sympathie für den am zahlreichsten hier vertretenen Stand, insbesondere für diejenigen, die da als die Missionäre des Gotteswortes in die kleinen Städte und auf das Land hinausziehen und, wenn sie ihren Beruf richtig erfassen, so unendlich Gutes zu wirken vermögen. Die Worte der Vorredner von dem religiösen Leben, das unverzichtbar aus sich heraus immer wieder gelöst wird und emporblüht, und von der Unzerstörlichkeit des Ewiges und des Vergänglichen im Menschen so wie im Menschengeschichte: tiefe Worte zeigten ihnen den richtigen Weg. Die Lehre, daß der Mensch im Menschen das Ebenbild Gottes zu ehren habe, zu verbreiten und so die höhere Humanität zu fördern: das sei der edelste Beruf. Und nicht die Wirren und das Gemüth des politischen Lebens dürften jene zurückweisen, die eben jenen Beruf zu ihrer Lebensaufgabe aewacht. Der hoch aufmerksame, Alles verhörende Staub werde sich bald wieder verflüchtigen, und wenn jetzt durch die unaufrichtige Neuaufklärung des deutschen Reichs naturgemäß alle Dinge ins Schwanken gekommen seien: bald würden die friedlichen Zeiten wiederkehren, und der Beruf der Theologen werde so dann sein, zu dem Dauern, Ewigem die Menschen hinzuführen und sie zu erinnern, wie es Zeiten gegeben habe, wo die Schwachen (dieser vergangen wären in den Glauben, daß die Welt den Sinn für das Ewige verloren. — Darum müsse die Bedrückung schwinden, die heute auf Dornen zu lasten schiene, die der Theologie sich widmen: die Sorghlosigkeit, wie sie der Jugend geziemte, müsse auch bei den jungen Theologen eintreten. Niemals werde das Bedürfnis des Menschen nach dem Guten, was er als den Trost im Leide erkennen gelernt habe. Und daß dieses Bewußtsein, diese Lehren in die weitesten Kreise zu tragen, den anwesenden Zuhörern der Theologie vergönnt sein möge, darauf leere er sein Glas! — Die jubelnde Zustimmung der Versammlung, mit der diese Worte aufgenommen wurden, leitete dann in die Fabelwelt hinüber, in der die Versammlung noch lange vereint blieb.

In kirchlichen Blättern finden sich neuerdings wiederholt Angriffe, sowohl gegen den Minister Falk, als auch gegen die nationalliberale Partei, indem beide Theile beschuldigt werden, für die Noth der Geistlichen nicht das nöthige Verständnis zu haben. Während der gesamten Periode vom Beginn der Rammerschen bis zum Auf-

Hören der Mühler'schen Verwaltung, also während etwa 20 Jahren, ist für die Verbesserung der Lage der Geistlichkeit nichts geschehen, obwohl die Majorität im Landtage hatte. Dagegen ist in den letzten Jahren von der liberalen Majorität des Landtags bewilligt: erstens 50,000 Thlr., um die am schlechtesten dotirten evangelischen Pfarrstellen auf 500 Thlr. Minimalgehalt, zweitens 250,000 Thlr., um sie auf 600 Thlr. Minimalgehalt zu bringen. Da bei der letzteren Gehaltsverbesserung seitens des Kultusministeriums dafür gesorgt ist, um nach Kräften auch die Gemeinden heranzuziehen, so werden in manchen Bezirken mit Hilfe jener Summe die Gehälter bis 700 Thlr. Minimalbetrag aufgebessert werden können. Drittens, bei Gelegenheit der Beratung des Zivilehegesetzes ging aus der nationalliberalen Partei von dem Abg. Miquel der Antrag hervor, die Geistlichen für den Ausfall an Gebühren zu entschädigen. Dieser Antrag wurde zwar anfänglich abgewiesen, später aber in das Gesetz aufgenommen. Hier nach haben die Geistlichen volle Entschädigung für den nachweisbaren Ausfall bei Trauungen, Trauungen u. s. w. zu beanspruchen. Wie verschiedene Blätter mitgetheilt wird, finden soeben über die Grundsätze, nach denen diese Entschädigung geleistet werden soll, zwischen Kultus- und Finanzministerium kommissarische Verhandlungen statt, deren Resultat dem Landtage nebst der nach den vorläufigen Ermittlungen in den Etat einzustellenden Entschädigungssumme vorgelegt werden wird. Es ist auch die Absicht, eine Entschädigung für den Wegfall der Aufgebotsgebühren selbst dann eintreten zu lassen, wenn kirchlichseits beschloffen werden sollte, auf das kirchliche Angebot in Zukunft zu verzichten. Können die Geistlichen mehr verlangen?

In ihrem Leitartikel über die Entwicklung der Deutschen Reichslande sagt die „Prov. Corr.“: Der Landes-Ausschuß soll keine Landesvertretung nach den Regeln des Verfassungsrechtes sein; doch kann er in erproblicher Weise die Lücke ausfüllen, die durch den Mangel einer solchen besteht. Es ist offenbar ein Beweis des Wohlwollens, daß die Reichsregierung diesen Mangel auszugleichen sucht, bis derselbe gehoben werden kann. Zunächst muß sich jetzt zeigen, ob das Vertrauen der deutschen Obrigkeit durch lokales Entgegenkommen von Seiten des Reichslandes erwidert wird. Der Landes-Ausschuß selbst kann wesentlich dazu beitragen, den Uebergang zu geordneten Verfassungszuständen zu beschleunigen, wenn er dem Grundsatz Geltung zu verschaffen weiß, daß die Vertretung Elsaß-Lothringens dem Beruf hat, vor Allem die Wiedervereinigung mit Deutschland aufrichtig anzuerkennen und die besonderen Landes-Interessen im Hinblick auf das Wohl des Gesamt-Vaterlandes wahrzunehmen.

Die „Schles. Ztg.“ brachte neulich die Mittheilung, daß dem Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten die genaue organische Verbindung der landwirthschaftlichen Lehranstalten mit der Universität, nach dem Muster der Anstalt in Halle a. S. ausschließlich empfehlenswerth erscheinen solle. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schränkt diese Meldung wie folgt ein:

Wir erfahren, daß der landwirthschaftliche Minister sich allerdings eingehend mit der durch Resolution des Abgeordnetenhauses gestellten und für weite Kreise bedeutungsvollen Frage des landwirthschaftlichen Unterrichts beschäftigt und gelassen ist, diese Frage zur gründlichen Erörterung in der Landesvertretung zu bringen. Dagegen ist es nicht zutreffend, aus der Anerkennung, welche der Minister den Erfolgen und der Einrichtung der Lehranstalt zu Halle zollt zu folgern, er halte die dort gewählte Form für die allein richtige und den Bedürfnissen einzig entsprechende.

Der „Reichsanz.“ Nr. 272 publiziert das Gesetz wegen Einführung der Reichsalkoholsteuern in Elsaß-Lothringen. Vom 15. November 1874, sowie das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Branntweins in Gräbthallen, welche in die Zollgrenze eingeschlossen werden. Vom 16. November 1874.

Dortmund, 16. Novbr. Vorgestern hat Bischof Meinkens dem Vorstande der hiesigen altkathol. Gemeinde die Mittheilung gemacht, daß der Kultusminister der altkatholischen Gemeinde Dortmund eine außerordentliche Unterstützung von 400 Thlrn. bewilligt habe. So viel wir wir wissen, sagt die „Elberf. Z.“, ist bisher keiner Gemeinde eine so erhebliche Summe überwiesen worden.

Strasburg, 16. November. Einer Einladung ihrer Straßburger Verfassungskollegen haben sich gestern in hiesiger Stadt die Elsaß-Lothringischen Journalisten versammelt, um die Grundsätze eines genossenschaftlichen Vereins zu beraten. Die Versammlung zählte 37 Theilnehmer. Eröffnet wurde dieselbe Namens des vorbereitenden Komitees durch Herrn Alfred, Herausgeber der „Els. Korrespondenz“, welcher zuerst in deutscher und dann in französischer Sprache die erschienenen Kollegen herzlich willkommen hieß und besonders den lediglich anwesenden Mitgliedern 3. weid der Versammlung betonte. Nachdem Dr. Schröder (Strasburg) über den provisorischen Statutenentwurf, welcher von dem vorbereitenden Komitee ausgearbeitet worden war, eingehend referirt hatte, schritt die Versammlung zur Spezialdebatte über die einzelnen Paragraphen. Dieselben wurden mit einigen redaktionellen Änderungen einstimmig angenommen, und ist somit der heucheliche Verein und zwar unter den Namen „Verein der Journalisten und Schriftsteller in Elsaß-Lothringen“ ins Leben getreten. Als Zweck desselben giebt § 1 der Statuten an: „a) Wahrung und Förderung der gemeinsamen Berufsinteressen, insbesondere Vertretung der Rechte einzelner Mitglieder gegen Beeinträchtigung derselben, b) Herstellung von Schiedsgerichten und Ehrengerichten, c) Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder, d) Gründung einer Pensionskasse.“ Nach Durchberatung der Statuten wurde ein leitender Ausschuß gewählt, welcher der ersten ordentlichen Generalversammlung, die am letzten Sonntag im nächsten Jahres in Strasburg zusammentritt, die Funktionen der einzelnen Geschäftswerte zur Genehmigung unterbreiten und Vorlage machen soll über die Art, auf welche außer den regulären Beiträgen der Kasse des Vereins die Mittel zur Vergrößerung ihres Bestandes zu beschaffen sind. Wir beargwöhnen den jungen Verein als ein erfreuliches Zeichen des unter den Journalisten erstarkenden Standesbewußtseins und wünschen ihm von Herzen ein gesundes Gedeihen. (Die oben angegebenen Aufgaben des Vereins sind sämtlich in einer Broschüre des Vertreters der Posener Zeitung für den deutschen Journalistentag empfohlen worden, der aber bei den massenhaften Rückschlägen, welche ihn in Baden-Baden geboten wurden, nicht Zeit fand, diese Fragen zu diskutieren.)

Weg, 16. November. Wir melden bereits, daß das Entlassungsgesuch des Bezirkspräsidenten Grafen Arnim-Boitzenburg vom Kaiser angenommen worden ist. Graf Arnim verabschiedet sich von dem Bezirk mit folgendem Erlaß in der „Zeita. f. Lothr.“:

„Der schwere Schlag, welcher mich vor Kurzem durch den Tod meiner Frau getroffen hat, hat mich veranlaßt, meine Entlassung aus dem Amte als Bezirkspräsident von Lothringen zu erbitten, und haben Seine Majestät der Kaiser geruht, mittelst allerhöchster Ordre vom 4. November er. meinem Antrage in Gnaden stattzugeben. Mit aufrichtigem Schmerze scheide ich aus einem Wirkungskreise, der mir theuer geworden war und mit welchem sich für mich die Erinnerung an zahlreiche und freundliche Beziehungen dienstlicher und persönlicher Natur verbindet. Ich werde stets mit Freuden an die Zeit zurückdenken, während welcher ich die Ehre und das Glück genoss, mit der Verwaltung Lothringens betraut zu sein, ich werde die Beweise des Vertrauens und Wohlwollens nicht vergeffen, die mir von so vielen Seiten zu Theil geworden sind, und meine herzlichsten Wünsche werden

dem Wohle des Bezirks immerdar gewidmet bleiben. Möge mir derselbe ein freundliches Andenken bewahren. Boitzenburg, 10. November 1874.

Graf von Arnim.“

Wien, 18. November. Zur rumänischen Konventionenangelegenheit schreibt die „Deutsche Ztg.“: Einigen Blättern wird aus Wien gemeldet, die Replik der drei nordischen Mächte auf die türkische Note vom 23. Oktober, die Handels- und Zollübereinkunft mit Rumänien betreffend, sei bereits in Konstantinopel überreicht worden. Man versichert uns, daß dies unrichtig sei. Vielmehr sei erst vor wenigen Tagen der Entwurf einer zweiten identischen Note von Wien nach Berlin und Petersburg abgegangen, wo allerdings deren Entsehung nicht zweifelhaft ist. Es ist selbstverständlich, daß diese neue identische Note auf dem Standpunkte der früheren verharret, das heißt an der Anerkennung des Rechtes Rumäniens, selbstständig Spezial-Übereinkünfte abzuschließen, festhält.

Paris, 17. November. Das „Journal des Debats“ erhält neue Offizialnachrichten über die iberische Union aus Lissabon. Sein Korrespondent theilt ihm nach portugiesischen Quellen die Erwägungen mit, welche Deutschland wohl veranlaßt haben könnten, die iberische Union zu unterstützen.

„Der Krieg ist eine Sache von allgemeinem Interesse. Kommt es zu einem solchen, so könnte das unabhängige Portugal ganz wohl die Spanier zwingen, neutral zu bleiben, oder wenn ihm das nicht gelingt, eine Divergenz zu Gunsten Frankreichs machen; wenn aber Portugal mit Spanien durch die Union vereinigt wäre, würde es gezwungen werden, seine Kräfte mit denen Spaniens zu vereinen und dem Deutschen Reich zur Verwirklichung seines Traumes (der Universalherrschaft) zu verhelfen.“

Die Debats sind doch weit heruntergekommen, daß sie sich solchen Unsinn als politische Weisheit aufhängen lassen. Der Korrespondent des Blattes nimmt die Sache so ernsthaft, daß er lang und breit auseinanderlegt, England könne sich das Programm der iberischen Union unmöglich gefallen lassen, denn es würde der Gefahr ausgesetzt sein, daß die Mündung des Tago eines Tages zur Station einer feindlichen, vermutlich deutschen, Flotte würde. Die Nachricht von der Theiligung Deutschlands an unionistischen Projekten ist längst unabweislich widerlegt. Die Regierung der Schweiz hat vor einiger Zeit ihre Nachbarn ersucht, Studien über die Haftpflicht der Eisenbahnen zu machen und insbesondere die Frage zu erwägen, ob sich nicht gemeinschaftliche Grundsätze aufstellen ließen, wonach die Eisenbahnen für Beschädigungen an anvertrauten Gütern bei allen theilnehmenden Nationen in gleicher Weise verantwortlich gemacht werden sollen. Die deutsche Regierung hat die Eröffnungen der Schweiz günstig aufgenommen, die Antwort der französischen steht noch aus.

Der „Francais“ spricht von inneren Spaltungen in der bonapartistischen Partei, womit sich seit einigen Tagen die politischen Kreise beschäftigen. Die Tendenzen der Gruppe, welche von den Herren Fleury und de Saint Paul geleitet wird und die „Liberté“ und das „Pays“ zu Organen hat, sind nicht dieselben wie die der Gruppe des Herrn Rouher, welche das Journal „L'Ordre“ inspirirt. Es herrscht aber nicht nur zwischen diesen beiden Gruppen eine Meinungsverschiedenheit über die Rolle, welche das Septennat spielen soll, um zur Herstellung des Kaiserthums zu helfen, es giebt auch noch persönliche Streitigkeiten, welche von Tag zu Tag deutlicher hervortreten. Herr Paul de Cassagnac, der mit seinen Freunden und den Redaktoren des „Pays“ die Gruppe „der Jungen“ bildet, möchte das Joch des Herrn Rouher abschütteln. Von diesen Leuten wird Herr Rouher in derselben Weise betrachtet wie Herr Thiers von den Radikalen von Belleville. Man spricht von ihm als von einem alten Schwäger, der von den wirklichen Bedürfnissen der bonapartistischen Partei nichts versteht. Herr Rouher sieht mit lebhaftem Verdruss, daß Herr Paul de Cassagnac sich an die Spitze der Bonapartisten stellt, die seine Autorität untergraben. Der alte Biskaiser merkt, daß sein Einfluß sinkt und daß er noch mehr erschüttert werden würde, wenn er nicht Mitglied der Nationalversammlung wäre. Man schont ihn noch, weil er einen großen Einfluß auf die Anhänger der Bewegung an das Volk ausübt. Aber selbst aus diesem Gebiete treten ihm die Umtriebe des Generals Fleury und des Journalisten Cassagnac entgegen. Diese drängen die bonapartistischen Deputirten dazu, sich mit dem Septennat zu verständigen, ja, offen zu demselben überzugeben, wie die Herren Dileffe-Engrand und Fievet. Dr. Rouher und die unversöhnlichen Bonapartisten hingegen wollen von der Organisation des Septennats nichts wissen. Der Gegensatz wird immer schärfer. Hr. Léonce Dupont, der Redakteur des „Ordre“, welcher direkt die Weisungen des Herrn Rouher empfängt, hat schon einige Male die „Liberté“ angegriffen; unter den Redaktoren des „Pays“ befindet sich ein ehemaliger Sekretär des Herrn Patour-Dumonin, mit welchem er in Beziehungen geblieben ist, und dieser inspirirt das „Pays“ im Sinne seiner jüngsten Broschüre, die bekanntlich den Status quo empfiehlt. Es besteht jetzt zwischen den bonapartistischen Bonapartisten und den reinen Imperialisten nur ein stiller Groll, aber je näher der Tag der Wiedereröffnung der Nationalversammlung kommt und die Deputirten, welche für die Bewegung an das Volk sind, einen bestimmten Entschluß fassen müssen, um so mehr wird ein offener Bruch drohend und schwer zu vermeiden. Von beiden Seiten bereitet man sich darauf vor.

London, 17. November. In derselben Nummer, in der die „Times“ die offizielle, telegraphisch bereits mitgetheilte Erklärung über den Sinn der vielbesprochenen Worte Disraeli's in Guildhall über den Gegensatz zwischen dem englischen Arbeiter und auswärtigen Edelmann bringt, macht sie in einem sehr ironisch gehaltenen Leitartikel den Premier gründlich auf seine Unbesonnenheit aufmerksam. „Da wir“, sagt das Weltblatt, „nicht ganz unbekannt mit dem Denkprozeß im Kopfe des Premiers sind, so enthielten wir uns, den genannten Äußerungen besondere Bedeutung beizumessen. Es war klar, daß sie leicht als eine Anspielung auf ein Ereigniß aufgefaßt werden konnten, welches vor Kurzem Europa in Aufregung versetzt hatte, und es ist möglich, daß sie in diesem Sinne von manchen sehr scharfsinnigen Personen in der Guildhall aufgefaßt wurden. Was, darf man in der That fragen, bedeuteten die Bemerkungen des Premiers, wenn er nicht einen praktischen Gegensatz zwischen dem britischen Arbeiter und einem ausländischen Edelmann ins Licht stellen wollte? Er konnte kaum an die unsichere Stellung eines türkischen Paschas oder an die ungeordnete Lage Spaniens denken. Sicher ist es, daß die Worte kaum ausgesprochen und gedruckt waren, als man sich ihrer auch bemächtigte und sie in dem Sinne erörterte, als ob in ihnen eine ausdrückliche Verurtheilung der Umstände enthalten sei, welche die Verfassung des Grafen Arnim umgaben. Hr. Disraeli wurde sogar schon wegen seines muthigen Auftretens gepriesen, allein das Lob war unverbunden und der Scharfsinn, mit welchem man den Äußerungen des Premiers zu

Leibe ging, vollständig weggenommen, denn Hr. Disraeli dachte nicht an den Streit zwischen dem Grafen Armin und dem Fürsten Bismarck, als er seine Rede hielt. Er weiß die feinen Worten unterlegte Deutung von der Hand, und es möchte fast scheinen, als wäre er ein wenig erstaunt, daß irgend Jemand ihn für so ungenau in seiner Kenntniß der Verhältnisse oder in der Wahl seiner Worte habe halten können, daß er eine nach den rechtmäßigen Anforderungen des Gesetzes vorgenommene Verhaftung als willkürlich hätte bezeichnen können. Die Augenartigkeit des angenommenen Gegenstandes war in der That bei der oberflächlichsten Betrachtung ersichtlich. Zunächst war Graf Armin nämlich, wie bereits bemerkt, nicht willkürlich verhaftet worden. Sodann mußte Herr Disraeli ganz und gar die polizeirichterliche Vollmacht, Hausdurchsuchungen auszuführen, wo der Verdacht eines Diebstahls vorliegt, vermissen haben, als er davon sprach, daß die Heimstätten des Arbeiters unverletzt und frei von der Befürchtung von Hausdurchsuchungen seien. Wenn der Premier auf den Fall des Grafen Armin hätte anspielen wollen, so wäre er wenig glücklich in der Wahl seiner Worte gewesen, obgleich man allerdings einwenden mag, er habe nicht offener reden können, da er durch seine amtliche Stellung auf Anspielungen beschränkt gewesen sei. Indessen der sicherste und gesundeste Schluß blieb immer derjenige, welcher auch jetzt die autorisierte Bestätigung erhalten hat, daß nämlich Herr Disraeli gesprochen habe, ohne sich auf irgend etwas zu beziehen, was hier oder anderswo vor Kurzem geschähe sei. Wenn er überhaupt von den Vorrechten des Arbeiters sprach, so meinte er eben so viel und eben so wenig, als in jenen anderen Sätzen seiner Rede, welche in Frankreich in dem Sinne ausgebeutet worden sind, als ob sie spezielle Sympathie für die französische Nation anzeigten. Unsere Nachbarn untersuchen nicht lange die Bedeutung von Worten, welche anscheinend von freundlicher Gesinnung eingegeben sind. Sie waren überall über Herrn Disraeli's Bewunderung ihrer Elasticität und über sein Vertrauen auf die Weisheit ihrer Regierung, und sie übertrieben dabei die Bedeutung seiner Worte, indem sie dieselben in Gegensatz zu der angenommenen Anspielung auf den Fürsten Bismarck brachten. Unsere Stellung ist eine ganz andere. Wir müssen Herrn Disraeli's Reden unter der Beleuchtung vieler früheren Beispiele lesen, und mit der Unterstützung, die wir dadurch erhalten, ist es nicht schwer, wenn es auch nicht gerade freundlich sein mag, die Körner von wirklicher solider Bedeutung, welche ein so großer Künstler leicht in mächtigen schwellenden Perioden zu Schaum schlägt, auf ihr richtiges Verhältniß zurückzuführen. Wir waren, als die Rede in der Guildhall gehalten wurde, der Ansicht, daß die betreffenden Sätze keine bestimmte Bedeutung hätten, allein wir können diejenigen, welche anderer Meinung waren, nicht verurtheilen, besonders da sie für ihren Irrthum mildernde Umstände geltend machen können. Zum Schluß macht die „Times“ sodann auf einen Unterschied aufmerksam, der thatsächlich zwischen dem englischen Arbeiter und dem auswärtigen, speziell dem preussischen Edelmann bestehe. Dieser Unterschied bestehe nämlich darin, daß in England die Grenze zwischen Zivil- und Kriminalprozeß viel schärfer eingezogen werde, als in Preußen, und es dort nicht möglich sei, zum Zwecke der Durchführung eines zivilrechtlichen Anspruchs (des Eigenthums an den betreffenden Papieren) die Maschine des Kriminalprozeßes in Bewegung zu setzen. Wenn die „Times“ mit dieser Entdeckung etwa Herrn Disraeli ein Pfaster auf die von ihr bezeichnete Wunde legen wollte, so behaupte wir, an der Heilkräftigkeit derselben zweifeln zu müssen. Eine derartige Vermischung ist nach preussischem Recht eben so unzulässig wie nach englischem, und sie hat namentlich im Falle Armin nicht stattgefunden. Graf Armin ist unter Anklage gestellt, bez verhaftet worden, weil hinreichende Momente vorlagen, und das Verfahren wegen Zuwiderhandlung gegen ganz bestimmte strafrechtliche Bestimmungen einzuleiten zu können. Ganz dasselbe würde in jedem geordneten Staate, einschließlich Englands, der Fall gewesen sein. Daß die zivilrechtliche Frage, wer das Eigenthumsrecht an den betreffenden Papieren hat neben der Frage, ob der Graf der Zuwiderhandlung wider den § 348 oder was sonst für einen des Strafgesetzes schuldig ist, nebenher läuft, verändert die kriminalrechtliche Natur des Falles eben so wenig, wie der Diebstahl darum nicht anführt, zu den Kriminalfällen zu gehören, weil der Bestohlene sein Eigenthum an der gestohlenen Sache behauptet. Auch in Preußen wird, daß mag sich die „Times“ getrüben, der Besitz, so lange das Eigenthum streitig ist, nicht im Kriminalverfahren entschieden; und auch in England wird wahrscheinlich, daß glauben wir sicher zu sein, Kriminalverfahren vorgegangen werden können und werden, wenn die Thatfache des Besitzes zugleich schon die Verletzung einer strafrechtlichen Vorschrift in sich schließt, bez in sich zu schließen scheint.

London, 17. Nov. Die Zionkapelle zu Nottingham war letzten Sonntag der Schauplatz einer Scene, wie sie glücklicher Weise selten vorkommt. Ein Theil der Kirchengemeinde war mit der Wahl des neuen Geistlichen nicht zufrieden und beschloß diesem (a la Kion) alle mögliche Opposition zu machen. Als der neue Geistliche am Sonntag Vormittag den Gottesdienst abhielt, protestirte die Opposition in einer dem Orte wenig angemessenen Weise. Der Geistliche ließ sich nicht abschrecken, und seine Gegner befolgten, ein anderes Mittel zu ergreifen. Zum Abendgottesdienste waren sie zeitiger in der Kirche und hatten einen Geistlichen nach ihrem Geschmacke auf die Kanzel gesetzt. Nichtsdestoweniger beschloß der zu spät angekommene Herr den Gottesdienst abzuhalten. Er ließ einen Chor singen, die Gegenpartei sang einen anderen. Er verlas einen Psalm, die weil der andere Kandidat eine Predigt hielt. Je nach ihren Sympathien mit dem einen oder anderen Seelenhirten lauteten die einen Diesem, die anderen Jenem, sangen sie den einen oder anderen Hymnus. Das wenig erbauliche Schauspiel dauerte den ganzen Gottesdienst hindurch in Gegenwart einer hochwohlwollenden Polizei, die sich wohl weislich des Einschreitens enthielt, weil die die andächtigen Gemeindeglieder sich keine offenen Gewaltthatigkeiten zu Schulden kommen ließen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. November.

In den Bezirksversammlungen, welche gestern Abends im Handelskaale stattfanden, wurden als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt: für den I. Bezirk der III. Abtheilung der vom Wahlkomite vorgezeichnete Kandidat Kommerzienrath B. Jasse, für den II. Bezirk der III. Abtheilung der Techniker Drenitz. Der vom Wahlkomite für letzteren Bezirk vorgeschlagene Kandidat, Kaufmann E. Hartwig, wurde abgelehnt.

In der „Gazeta Toruńska“ finden wir folgende unglaubliche Sensationsnachricht: „Schon seit langer Zeit hatten wir Kenntniß von der Absicht der preussischen Behörden in unserer Provinz (Westpreußen) eine neue Institution zu errichten, wir hielten es jedoch für angemessen, diese Nachricht vorläufig für uns zu behalten. Heute aber, wo die preussischen Behörden von dieser Angelegenheit kein Geheimniß mehr machen, wo offizielle Artikel in der deutschen Provinzialpresse dieser neuen Institution bereits den Weg bahnen für den Fall, daß sie im preussischen Landtage auf Opposition stoßen sollte — heute müssen es auch unsere Leser wissen, daß unsere Provinz mit einer Wander-Polizei zur Ueberwachung der polnischen Bewegung bedacht werden soll. Wir wissen auch, daß man sich bereits um eine geeignete Persönlichkeit für diesen Posten bemüht hat, eine Persönlichkeit, welche natürlich der polnischen Sprache mächtig ist. Die Bemühungen haben jedoch nicht viel Erfolg gehabt und zwar angeblich des wenig reichlichen Gehalts wegen, möglich ist es aber, daß sich in der letzten Zeit ein Kandidat für diesen ehrenvollen Posten gefunden hat. Eine Opposition im Landtage wird hauptsächlich aus Budgetrückständen befürchtet. — Für die preussischen Behörden unserer Provinz bedeutet diese neue Institution geradezu ein Misstrauensvotum.“

Wie der „Dziennik Polski“ in Lemberg mittheilt, ist der Exredakteur des hier erscheinenden (oder vermuthlich nicht mehr erscheinenden) „Tygodnik Wielkopolski“, Graf Wladislaus Chotomski, welcher sich zu Beginn d. Mts. von Posen nach Warschau begab, dort verhaftet und in der Citadelle internirt worden. Der Grund der Verhaftung ist unbekannt. Graf Chotomski soll preussischer Unterthan sein. Wie vor Kurzem mittheilte, ist derselbe wegen Preßvergehen, d. h. wegen Beleidigung resp. Verläumdung einer Anzahl hiesiger in der polnischen Gesellschaft angesehener Persönlichkeiten zu drei Monaten Gefängniß in contumaciam verurtheilt worden.

Die Prüfung als Zeichenlehrer in dem Sommersemester d. J. bei der k. k. Akademie der Künste u. A. das Fräulein Anna Margaretha Ferrow aus Bromberg gemacht und bestanden.

—! **Reutemischel, 19. November.** [Hopsengeschäft.] Die während der diesjährigen Hopfenaison lang anhaltende und häufiger wiederkehrende Geschäftsflaute ist seit vorgestern einem äußerst regen Geschäftsverkehre gewichen. Die fremdländischen Händler, von welchen mehrere erst vor wenigen Tagen unsern Ort verließen, sind wieder zurückgekehrt und täglich treffen mehr Käufer, besonders aus Baiern, hier ein. Da von diesen und den hier heimischen Käufern Hopfen viel begehrt und gekauft wurde, war der Waarenumsatz vorgestern, gestern und heute ein ganz bedeutender. Die Hofnung der Produzenten auf bessere Preise, welche durch die lang andauernde Geschäftsflaute bedeutend herabgegangen war, ist durch den plötzlichen Geschäftsaufschwung wieder aufs Neue belebt worden und zwar um so mehr, als man gestern und heute schon ein höheres Angebot machte. Für Waare vorzüglicher Güte und Farbe wurden 80—86 Thlr., für Waare mittlerer Qualität 75—78 Thlr. und für geringeren Hopfen 70—74 Thlr. pro Centner gezahlt. Vorjähriger Hopfen und solcher aus früheren Jahrgängen ist ebenfalls ein vielbegehrter Artikel, der reichlich Absatz findet. Man zahlte für den Centner 1873er Hopfen unter Berücksichtigung der verschiedenen ausfallenden Qualität 32—44 Thlr., und für solchen aus früheren Jahrgängen, je nach dem Alter desselben, 6—20 Thlr.

q Saunter, 19. November. [Verkauf von Gefangenen.] Anfang Januar d. J. war das neue Gerichtsgebäude bezogen worden und wurde daher das alte am Markt gelegene zum Verkaufe gestellt. In dem am 19. d. M. abgehaltenen öffentlichen Verkaufstermine hat dasselbe der Viehhändler Ball hierseits für den Preis von 9000 Thlr. erstanden. Die hiesigen städtischen Behörden wollten das Haus kaufen, um darin Bureaus einzurichten, sie wurden aber überboten. — Der Männergesangsverein feiert in nächster Zeit sein Stiftungsfest. Anfangs schien es, als sollte derselbe das Schicksal früherer ähnlicher Vereine theilen. Lust und Liebe zum Gesange mag eben gemangelt haben, und der Kastengerst, der sich ja in kleineren Städten, wie z. B. in Saunter, recht breit macht, wird wohl auch das Nöthige zu ihrem Dahinscheiden beigetragen haben. Der jetzige Verein zählt bereits 80 Mitglieder und darunter einige ganz tüchtige Kräfte. Es ist daher die Hofnung vorhanden, daß sein Dasein ein längeres sein wird. Zu wünschen wäre es, daß recht bald ein Anschluß an den Provinzial-Gesangsverein angebahnt würde.

E. Bromberg, 19. Novbr. [Zum evangelischen Kirchenbau. Lehrer-Gehalts-Aufbesserung. Abschieds-Diner.] Gestern fand in der Saalstraße der evangelischen Kirche hierseits die erste Sitzung der Gemeinde-Vertreter der evangelischen Gemeinde statt. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Verathung über die Aufbringung der fehlenden Kosten für den Bau der evangelischen Kirche hierseits. Der ganze Bau ist auf ca. 89,000 Thlr. veranschlagt gewesen, diese Summe reicht aber nicht aus, indem die Baukosten gegen 114,000 Thlr. betragen werden. Gestern ist nun beschlossen worden, zur Deckung der für den Bau noch fehlenden Mittel von der Provinzial-Hilfskasse ein Darlehen von 25,000 Thlr. zu 5 pCt. und in 25 Jahren amortisierbar aufzunehmen. Die Zinsen und Amortisationsraten sollen von den Gemeindegliedern nach Verhältnis der Klassensteuer und der klassifizierte Einkommensteuer, wie dies bisher bei den Kirchenbaubeträgen gehandhabt worden ist, jährlich aufgebracht werden. — Zur Aufbesserung der Lehrergehälter der städtischen Elementarlehrer von 1875 ab, hat der Magistrat neuerdings, vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten, die Summe von 1100 Thlr. bewilligt. — Auch die Elementarlehrer der Umgegend haben auf eine von ihnen der Regierung eingereichten, Petition Gehaltszulagen im Betrage von 40 Thlr., 25 und 20 Thlr. erhalten. Das Minimalgehalt derselben beträgt jetzt 250 Thlr. und 270 Thlr. baar. Vor 13 Jahren erhielt ein solcher Lehrer auf einer Stelle, die jetzt mit 270 Thlr. dotirt, die bescheidene Summe von 100 Thlr. — Am 23. d. M. veranstaltet das hiesige Regierungskollegium dem von hier nach Siegenmaringen als Regierungs-Präsidenten verlegten Ober-Regierungsrath Graaf in Moritz's Hotel ein Abschieds-Diner, zu dem auch die Spitzen der Justiz- und k. k. städtischen Behörden und Personen von Distinktion eingeladen erhalten haben.

Staats- und Volkswirtschaft.

****Preussische Bank.** Der in Sachen dieses Institutes in der Regel wohl unterrichtete „Börsen-Cour.“ schreibt aus Berlin vom 19. d. M.: „Ein Gerücht wollte an der heutigen Börse wissen, daß eine Erhöhung des Diskonts der Preussischen Bank in nächster Zeit gewisse Wahrscheinlichkeit für sich hat. Wir können nun mittheilen, daß an betreff. Stelle die Frage einer Diskontenerhöhung zwar noch nicht zur Sprache gekommen ist, indeß scheint es als ziemlich sicher anzunehmen zu sein, daß, sollte London mit einer weiteren Diskont-Erhöhung vorangehen, die Preuss. Bank ihr unbedingt folgen würde. Außerdem aber scheint auch abzufließen dieser Eventualität eine Diskont-Erhöhung der Preuss. Bank, die freilich weniger der Lage des Geldmarktes, als der unserer Münz- und Rechnungsverhältnisse entsprechen würde, keineswegs außerhalb des Bereiches der Möglichkeit zu liegen.“

Ver mis ch tes.

*** Folgen einer undeutlichen Handschrift.** Ein origineller Klageabweisungsgrund lag in dem Prozesse des Kaufmanns C. in Berlin wider den Kaufmann E. zu Conitz vor. Das Kreisgericht zu Conitz wies den Kläger wegen undeutlich geschriebener Klagerrechnung

ab. Kläger appellirte gegen diese Entscheidung und führte, daß die undeutliche Klagerrechnung nur ein Grund hätte sein können, eine deutliche Rechnung einzufordern, wenn der Richter nicht mit Nichtstun darauf, daß Verklagter die Rechnung verstanden und sich ausführlich darüber ausgelassen habe, hätte darüber hinweggehen wollen. Das Appellationsgericht zu Marienwerder bestätigte aber das erste Erkenntniß und begründete dies wie folgt: „Die Klagerrechnung war derart undeutlich geschrieben, daß bei einer beträchtlichen Zahl der in derselben aufgeführten Waaren die Bezeichnung nicht gelesen werden konnte. Darauf, daß der Verklagte sich auf die Klage ausgelassen und die Unverständlichkeit der Rechnung nicht gerügt habe, kann es nicht ankommen, da eine materielle Entscheidung nur auf ein klar vorliegendes thatsächliches Material gegründet werden könne.“ — Da das Klageobjekt nicht ganz unbedeutend war, so hat die undeutliche Schrift der Rechnung einen recht ansehnlichen Kosten verursacht; mögen sich die Geschädigten diese Erfahrung ihres Kollegen zur eindringlichen Mahnung, sich einer deutlichen Schrift zu bedienen, dienen lassen.

*** Bern, 19. November.** Laut einer offiziellen Meldung an das eidgenössische Postdepartement ist in Folge starken Schneefalles und furchtbaren Sturmes jeder Verkehr über den Simplon unterbrochen.

*** Petersburg, 19. November.** Nachdem seit zwei Tagen Frost eingetreten, geht in der Neva in großen Massen das Eis aus dem Ladoga-See. Die Ducht von Kronstadt ist mit Eis bedeckt und die Verbindung zwischen hier und Kronstadt unterbrochen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Basner in Posen.

Angekommene Fremde vom 20. November.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Ritterautbesitzer Baarß aus Nordde, Matthes aus Jancowice, Boas und Frau aus Luffowo, Neg.-Assessor Zacharia aus Neutomschel, Staatsanwalt Magius aus Grätz, Landrath Gläser aus Krotoschin, Direktor Giesowski aus Krotoschin, Bürgermeister Rhode aus Krotoschin, Bodyski aus Warschau, Hauptmann Golge aus Danzig, die Kaufleute Schulze aus Freiburg, Bräunow aus Berlin, Agmann aus Lützen, Lauerwald aus Berlin, Meyer aus Grotzen, Reimann aus Breslau.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Ehlers und Buchmann aus Berlin, Schindl aus Münden, Landmann aus Schwarzenberg, Levin und Bloch aus Berlin, Wolfsohn aus Neustadt b. Pinne, Giesmann aus Plauen, Schöffert aus Berlin, Fuchs aus Stuttgart, Baumgartner aus Mühlhausen i. Elsaß, Leckner aus Leipzig, Marwedel aus Hamburg, Leopold aus Berlin, Kreisphyllus Dr. Kornfeld aus Woblast, die Rittergutsbesitzer v. Karnicki aus Emchen, v. Zabolcki aus Strzelno.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Spielberg und Sohn und Gutmann aus Berlin, Leub aus Strzalkowo, Binner aus Pinne, Kint aus Gießen, Salomon aus Schöffel, Kuttner aus Neutomschel, Fabrikant Schwemfsohn aus Breslau, Bauaufseher Webber aus Hamburg, Distr.-Komm. Linnemann aus Polajewo.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 20. Nov. Die „Agence Havas“ erfährt, daß Ministerium werde bezüglich der konstitutionellen Gesetze die Initiative nicht ergreifen und sich auf die Verpflichtung der Nationalversammlung, sie zu beraten, berufen. Die Aufgabe der Nationalversammlung sei, das Septennat zu organisieren, die Aufgabe des Ministeriums hingegen, das Septennat zu administrieren. Die Existenz des Ministeriums sei deshalb durch Fragen, bezüglich Organisation des Septennats, nicht bedroht.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 19. Novbr., Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. November und pr. November-Dezember 18½, pr. April-Mai 57 Mt. — Pf. Weizen pr. Nov. 62 Roggen pr. November 53½, pr. November-Dezember 51½, pr. April-Mai 148 Mt. Rüböl pr. Nov.-Dezbr. 17½, pr. April-Mai 56 Mt., pr. Mai-Juni 57 Mt. — Zink fest.

Hamburg, 19. November. Getreidemarkt. Weizen und Roggen fest, beide auf Termine unverändert. Weizen 126-pfd. pr. November 1000 Kilo netto 189 B., 188 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 187½ B., 186½ G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 189 B., 188 G. Roggen pr. November 1000 Kilo netto 162 B., 160 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 159 B., 158 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 157½ B., 156½ G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 153 B., 152 G. Hafer fest. Gerste ruhig. Rüböl behauptet, loco u. pr. November 54½, pr. Mai pr. 200 Pfd. 57½. Spiritus fest, pr. November u. pr. Dezember-Januar 45, pr. März-April 45½, pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 pCt. 46. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 9, 50 B., 9, 40 G., pr. November 9, 40 G., pr. Dezember 9, 55 Gd., pr. Januar-März 9, 50 Gd.

Köln, 19. November, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter Regen. Weizen flau, hiesiger loco 7, 5, fremder loco 6, 2½, pr. November 6, 14, pr. März 18 Mt. 70 Pf., pr. Mai 18 Mt. 70 Pf. Roggen fest, hiesiger loco 6, 5, pr. November 5, 10, pr. März 14 Mt. 95 Pf., pr. Mai 14 Mt. 75 Pf. Hafer pr. März 18 Mt. 10 Pf., pr. Mai 17 Mt. 90 Pf. Rüböl still, loco 8½, pr. Mai 30 Mt.

London, 18. November, Nachmittags. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 22,550, Gerste 890, Hafer 30,430 Dtrts. Weizen und Mehl schleppend aber fest, Frühjahrsgetreide stramm. — Wetter: Milde.

Liverpool, 19. Novbr., Vormittags. Baumwolle (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 9000 Ballen, davon 3000 B. amerikanische.

Liverpool, 19. November, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Fest, schwindend eher niedriger. Middl. Orleans 8½, middling amerikan. 7½, fair Dhollerah 5½, middl. fair Dhollerah 4½, good middling Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 3½, fair Bengal 4½, fair Broad 5½, new fair Dornra 5½, good fair Dornra 5½, fair Madras 5, fair Bernam 8, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 8½.

Dreleins nicht unter low middling Februar-März Lieferung 7½ d. **Glasgow, 19. November.** Rohheiten. Mixed numbers warman 86 Sch 9 d.

Manchester, 16. November, Nachmittags. 12r Water Armitage 8, 12r Water Tablor 10, 20r Water Nicholls 11½, 30r Water Giblow 12½, 30r Water Clayton 13½, 40r Mule Wadhol 12, 40r Webio Wiltun 13½, 36r Warpcops Qualität Rowland 13½, 40r Double Weston 13½, 60r Double Weston 16, Printers 1½, 1½, 8½-pfd. 117. Gutes Geschäft, Preise anziehend.

Amsterdam, 19. Novbr., Nachmittags. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Roggen pr. März 185½, pr. Mai 183. Kaps pr. April 355 fl.

Antwerpen, 19. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen behauptet, dänischer 25½. Roggen fest, Delfia 19. Hafer stetig, Riga 22½.

Petroleum-Markt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, to 23 bl., 23½ B., pr. November 22½ bez. u. Br., pr. Dezember 22½ bz., 23 B., pr. Januar 24 B., pr. Januar-März 24 B. fest.

Paris, 19. November, Nachmittags. (Produktenmarkt.) Weizen matt, pr. November 25, 50, pr. Januar-April 25, 00. Mehl matt, pr. November 54, 25, pr. Januar-April 52, 50, pr. März-Juni 53, 25. Rüböl weichend, pr. November 72, 75, pr. Januar-April 75, 25, pr. Mai-August 77, 00. Spiritus fest, pr. November 52, 00. — Wetter: Regen.

Produkt-Börse.

Berlin, 19. Novbr. Wind: NW. Barometer 27, 11. Thermo-

meter früh - 1° R. Witterung: bewölkt.
Die feste Stimmung für Roggen, die sich bei Beginn der heutigen Börse befand, ging im Laufe derselben theilweise wieder verloren. Waare ist bei spärlichem Angebot ziemlich fest im Werthe. - Roggenmehl behauptet. - Weizen hat bei recht schwermüthigem und eng begrenztem Handel sich im Werthe nicht verändert. Gefändigt 1000 Ctr. Rindfleischpreis 6 1/2 Rt. per 1000 Kilogr. - Safer Loh verlor sich heute weniger beachtet. Gefändigt 2000 Ctr. Rindfleischpreis 6 1/2 Rt. per 1000 Kilogr. - Rübsen knapp offerirt, hat in Folge dessen sich etwas höher verwerthet lassen. - Petroleum. Gefändigt 50 Barrels. Rindfleischpreis 7 1/2 Rt. per 100 Kilogr. - Spiritus war ziemlich animirt.

Weizen loco per 1000 Kilogr. 55-70 Rt. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 6 1/2-6 1/4 Rt., Nov.-Dez. do., Debr.-Jan. -, April-Mai 1881-1882 6 1/2-6 1/4 Rt., Juni 1881-1882 6 1/2-6 1/4 Rt., Roggen loco per 1000 Kilogr. 52-59 Rt. nach Qual. gef., neuer russischer 53 1/2-54 1/2

Breslau, 19. November.

Freiburger 105. de. junge. - Oberkies. 166 1/2. R. Ober-Mer. St. A. 117 1/2. do. do. Prioritäten 117 1/2. Frankfurter 182 1/2. Lombarden 82. Italiener. - Silberrente 68 1/2. Rumänier 34. Breslauer Diskontobank 90. do. Wechselbank 76 1/2. Schles. Bank 111. Kreditaktien 139 1/2. Laurabank 134 1/2. Oberkies. Eisenbahn 129. Deckerreid. Bank 92 1/2. Russ. Banknoten 94 1/2. Bresl. Kaffeebank. - do. Markt-B. - B. - Prov. - Markt-B. - Schles. Ver-einsbank 92 1/2. Deutsche Bank - Bresl. Prov. Wechselb. -

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 19. Novbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Ziemlich fest.
[Schlusskurse.] Londoner Wechsel 119 1/2. Pariser Wechsel 95 1/2. Wiener Wechsel 107 1/2. Franzosen 319 1/2. Böhm. Weib. 210 1/2. Lombarden 143 1/2. Galizier 255 1/2. Elisabethbahn 202 1/2. Nordwestbahn 148. Kreditaktien 243 1/2. Russ. Bodenkredit 90 1/2. Russen 1872 99. Silberrente 68 1/2. Papierrente 64 1/2. 1868er Loose 107 1/2. 1864er Loose 172 1/2. Amerikaner de 82 97 1/2. Deutsch-Oesterreich. 89. Berliner Bankverein 85 1/2. Frankfurter Bankverein 87 1/2. do. Wechselbank 84 1/2. Nationalbank - Meiningen Bank 101 1/2. Sächs. Effektenbank 117 1/2.

Berlin, 19. November. Die Tendenz der heutigen Börse ist im Allgemeinen als unentschieden zu bezeichnen; auf spekulativem Gebiet sind zwar auch heute Courseherabsetzungen in der Mehrheit, doch sind dieselben durchschnittlich sehr geringfügig geblieben. Mehr die wenig günstigen auswärtigen Notierungen und eine stark ausgeprägte Geschäftslage sind als Ursache dieser abermaligen weichen Bewegung zu nennen als etwa ein dringend auftretendes Angebot; vielmehr hielt das letztere schon um seiner Geringfügigkeit willen der Frage ziemlich das Gleichgewicht.

Der Kapitalmarkt zeigte wie früher eine ziemlich feste Haltung, ohne daß auch hier wie für die Kassaverkehr der übrigen Geschäftszweige nennenswerthe Umsätze zu verzeichnen wären. Im Allgemeinen also blieb der geschäftliche Verkehr auf ungewöhnlich enge Grenzen beschränkt und die wenigen bevorzugten, zumeist spekulativen Devisen, können auch nur als im Verhältnis zur Gesamthaltung lebhafter erwähnt werden.

Der Geldstand ist auch heute als ziemlich flüssig zu bezeichnen;

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 19. November 1874.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl. 4 1/2 106 1/2 Bz

Staats-Anleihe 4 1/2 100 Bz

do. do. 4 1/2 -

Städt. Schuld. 3 1/2 91 1/2 Bz

Pr. St. Anl. 1855 3 1/2 128 1/2 Bz

Pr. St. Anl. 1860 3 1/2 77 1/2 Bz

R. u. Neum. Schuld. 3 1/2 94 1/2 Bz

Deutscher Bau-Dbl. 4 1/2 101 1/2 Bz

St. St. Dbl. 5 1/2 103 Bz

do. do. 4 1/2 -

do. do. 3 1/2 90 1/2 Bz

do. do. 4 1/2 100 1/2 Bz

do. do. 5 1/2 104 1/2 Bz

R. u. Neum. 3 1/2 87 1/2 Bz

do. do. 4 1/2 86 1/2 Bz

do. neue 4 1/2 103 1/2 Bz

Ostpreussische 3 1/2 86 1/2 Bz

do. do. 4 1/2 96 Bz

do. do. 4 1/2 102 Bz

do. do. 5 1/2 -

Dommerische 3 1/2 86 1/2 Bz

do. neue 4 1/2 95 1/2 Bz

Pommersche neu 4 1/2 94 1/2 Bz

Schlesische 3 1/2 86 Bz

Westpreussische 3 1/2 86 1/2 Bz

do. do. 4 1/2 95 1/2 Bz

do. Neuland. 4 1/2 94 1/2 Bz

do. do. 4 1/2 100 1/2 Bz

R. u. Neum. 4 1/2 98 1/2 Bz

Dommerische 4 1/2 97 1/2 Bz

Pommersche 4 1/2 97 1/2 Bz

Pommersche 4 1/2 98 1/2 Bz

Rhein-Westf. 4 1/2 98 1/2 Bz

Sächsische 4 1/2 98 1/2 Bz

Schlesische 4 1/2 97 1/2 Bz

Goth. Pr. Pfbr. I. 5 1/2 106 1/2 Bz

Pr. Bd. Grd.-Hyp. 5 1/2 102 1/2 Bz

Unkündb. Lu. II. 5 1/2 104 Bz

Pomm. Hyp. Pr. B. 5 1/2 104 Bz

Pr. Glb. Pfbr. I. 5 1/2 100 1/2 Bz

do. (110rückz.) unk. 5 1/2 107 Bz

Krupp Pr. D. rückz. 5 1/2 100 1/2 Bz

Alte Prov. Dbl. 4 1/2 101 Bz

Alte Prov. Rentenbr. 4 1/2 97 1/2 Bz

Meiningen Loose 4 1/2 97 1/2 Bz

Mein. Hyp. Pfbr. B. 4 1/2 100 1/2 Bz

Hamb. Pr. A. v. 1866 3 1/2 54 1/2 Bz

Oldenburger Loose 3 1/2 41 1/2 Bz

Bad. St. A. v. 1866 4 1/2 101 Bz

do. Glb. Pfbr. A. v. 67 4 1/2 116 1/2 Bz

Neubad. St. A. Loose 4 1/2 104 1/2 Bz

Bair. St. Anl. 4 1/2 104 1/2 Bz

Def. St. Präm. A. 4 1/2 118 Bz

Lübeck. Schuld. 3 1/2 87 1/2 Bz

Rhein-Mind. D. A. 3 1/2 104 1/2 Bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheile.

Bl. f. Sprit (Bred.) 7 1/2 60 1/2 Bz

Barm. Bankverein 5 1/2 58 1/2 Bz

Berg. Märk. Bank 4 1/2 86 1/2 Bz

Berliner Bank 4 1/2 78 1/2 Bz

do. Bankverein 5 1/2 86 1/2 Bz

do. Kassenverein 4 1/2 295 1/2 Bz

do. Handelsgef. 4 1/2 122 Bz

do. Wechselbank 5 1/2 51 Bz

do. Prod. u. Glb. 3 1/2 87 1/2 Bz

Bresl. Diskontob. 4 1/2 89 1/2 Bz

Bl. f. Schw. Kwiket 5 1/2 59 Bz

Braunschw. Bank 4 1/2 118 Bz

Bremer Bank 4 1/2 117 Bz

Centralb. f. Bauten 5 1/2 75 1/2 Bz

Centralb. f. Bauten 5 1/2 65 1/2 Bz

Coburg. Creditbank 4 1/2 83 1/2 Bz

Danziger Privatb. 4 1/2 119 Bz

Darmstädter Kred. 4 1/2 156 Bz

do. Zettelbank 4 1/2 105 1/2 Bz

Deffauer Kreditb. 4 1/2 101 Bz

Berl. Depositenbank 5 1/2 95 Bz

Deutsche Unionb. 4 1/2 80 Bz

Dise. Commandit 4 1/2 176 1/2 Bz

Ganf. Creditb. i. Lq. 4 1/2 53 Bz

Geraer Bank 4 1/2 112 Bz

Gerb. G. Schuster 4 1/2 72 Bz

Gothaer Privatb. 4 1/2 112 Bz

Hannoversche Bank 4 1/2 108 Bz

Königsberger B. B. 4 1/2 80 1/2 Bz

Leipziger Kreditb. 4 1/2 160 1/2 Bz

Luxemburger Bank 4 1/2 115 1/2 Bz

Magdeb. Privatb. 4 1/2 111 Bz

Meiningen Kreditb. 4 1/2 101 Bz

Moldauer Landesk. 4 1/2 51 Bz

Norddeutsche Bank 4 1/2 148 1/2 Bz

ab Bahn, inländ. 58-59 Rt. per diesen Monat 54 1/2-55 1/2 Bz, Nov.-Debr. 52-53 1/2 Bz, Frühjahr 148 1/2-149 1/2 Bz, Mai-Juni 147 1/2 Bz. - Gerste loco per 1000 Kilogr. 50-64 Rt. nach Qual. gef. - Hafer loco per 1000 Kilogr. 53-64 Rt. nach Qual. gef., oft und weispreuß. 57-61, neuer russ. 56-60, pom. u. mekl. 60-63, ungar. u. galiz. 54-58 ab Bahn Bz, per diesen Monat 61 Bz, Nov.-Dez. 59 1/2 Bz, Frühjahr 172 1/2 Bz, Mai-Juni 171 Bz. - Erbsen loco per 1000 Kilogr. 65-75 Rt. nach Qual., Futterwaare 60-64 Rt. nach Qual. - Raps per 1000 Kilogr. - Feinöl loco per 1000 Kilogr. ohne Faß 22 1/2 Rt. - Rübsöl per 100 Kilogr. loco ohne Faß 18 1/2 Rt. Bz, mit Faß -, per diesen Monat 18 1/2 Bz, Nov.-Dez. do., Debr. -, April-Mai 57 1/2 Bz, Mai-Juni 58 2 Rt. Bz. - Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Faß loco per diesen Monat 7 1/2 Bz, Nov.-Dez. do., Debr.-Jan. -, April-Mai -, Spiritus per 100 Liter a 100 pEt. = 10,000 pEt. loco ohne Faß 19 Rt. 8-15 Sgr. Bz, per diesen Monat -, loco mit Faß -, per diesen Monat 19 Rt. 9-15 Sgr. Bz, Nov.-Dez. 18 Rt. 27 Sgr. bis 19 Rt. 4 Sgr. Bz, Januar-Febr. -, April-Mai 58 1/2-59 Rt. Bz, Mai-Juni 58 1/2-59 Rt. Bz, Juni-Juli 60 1/2-60 1/2 Bz, Juli-August 61 1/2-62 Rt. Bz. - Weib. Weizenmehl Nr. 6 9 1/2-9 Rt.,

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 243 1/2, Franzosen 319 1/2, Lombarden 143 1/2.

Frankfurt a. M., 19. Novbr., Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 244 1/2, Franzosen 320, Lombarden 143 1/2, Galizier 255, Neue ungarische Schatzbonds 89 1/2. Fest, wenig Geschäft.

Wien, 19. November. Spekulationswerthe still, Schrankenwerthe geschäftlos, Banken und Renten billiger.
[Schlusskurse.] Papierrente 70, 05. Silberrente 74, 60. 1854er Loose 102, 20. Bankaktien 993, 00. Nordbahn 1890, -. Kreditaktien 235, 00. Franzosen 302, 00. Galizier 241, 75. Nordwestbahn 142, 00. do. Lit. B. 64, 20. London 110, 45. Paris 44, 00. Frankfurt 92, 30. Böhm. Westbahn -. Kreditloose 168, 00. 1868er Loose 109, 20. Lomb. Eisenbahn 134, 00. 1864er Loose 138, 50. Unionbank 117, 00. Anglo Autr. 146, 50. Austro-türkische -. Napoleons 8, 90. Dukaten 5, 26. Silberloose 104, 75. Elisabethbahn 193, 80. Ungarische Prämienanleihe 81, 80. Preussische Banknoten 1, 63 1/2.
Nachbörse: Fest. Kreditaktien 235, 50, Lombarden 134, 00, Anglo Autr. 147, 00, Unionbank 117, 75.

London, 19. November, Nachmittags 4 Uhr.
Privatdiskont 4 1/2 pEt.
6proz. ungar. Schatzbonds 84.
Konfols 93 1/2.
Italien. 5proz. Rente 67. Lombarden 12 1/2.
5proz. Russen de 1871 99 1/2. 5proz. Russ. de 1872 99 1/2. Silber 58.

im Privatwechselverkehr betrug das Privatdiskonto fast unterhalb 3%-4pEt.
Von den Oesterreichischen Spekulationspapieren waren Kreditaktien ziemlich behauptet, aber wenig lebhaft; Lombarden und Franzosen mußten etwas nachgeben, blieben aber auch zu den ermäßigten Courten fast vollständig vernachlässigt.

Die fremden Fonds und Renten hatten in durchschnittlich schwächerer Haltung nur geringfügige Umsätze für sich; namentlich wurden Türken und Italiener, niedriger, aber verhältnismäßig lebhaft gehandelt, dagegen blieben Oesterreichische Renten und Loose zwar behauptet, aber geschäftlos, russische Pfundanleihe, Prämienanleihe und Boden-Kreditfandbriefe erlitten theilweise lebhaftere Nachfrage.

Deutsche und Preussische Staatsfonds, sowie Landeskassische Pfand- und Rentenbriefe gingen ziemlich fester Haltung nur vereinzelt lebhafter um. Prioritäten blieben behauptet und still, einige 4 1/2 procentige Preussische waren gefragt, 5 procentige etwas lebhafter, Oesterreichische Prioritäten mehrfach etwas schwächer.

Nordd. Gr. St. A. 3 1/2 104 1/2 Bz
Deutsche Bank 4 1/2 78 Bz
do. do. Anl. 70pr. 6 585 Bz
Deff. Pap. Rente 4 1/2 64 1/2 Bz
do. Silberrente 4 1/2 68 1/2 Bz
do. 250fl. Pr. Dbl. 4 1/2 107 1/2 Bz
do. 100fl. Kred.-B. 4 1/2 114 Bz
do. Loose 1860 5 107 Bz
do. Pr. Sch. 1864 4 98 Bz
do. Bodentr.-G. 5 88 1/2 Bz
Poln. Schatz-Dbl. 4 86 1/2 Bz
do. Cert. A. 300fl. 5 93 Bz
do. Pfbr. III. Em. 4 82 Bz
do. Part. D. 500fl. 4 107 1/2 Bz
do. Equ. Pfandb. 4 69 Bz
Raab-Gräzer Loose 4 82 1/2 Bz
Kanz. Anl. 71. 72. 5 100 Bz
Bukar. 20fr. Lse. -
Rumän. Anleihe 8 103 1/2 Bz
Russ. Bodentr.-Pfd. 5 89 1/2 Bz
do. Nicolai-Dbl. 4 85 1/2 Bz
Russ.-engl. A. v. 62 5 101 Bz
do. - - - v. 70 5 102 1/2 Bz
do. - - - v. 71 5 100 1/2 Bz
do. 5. Stiegl.-Anl. 5 85 1/2 Bz
do. 6. - - - 5 95 Bz
do. Präm. Anl. de 64 5 157 1/2 Bz
do. - - - 66 5 153 1/2 Bz
Türk. Anleihe 1865 5 43 Bz
do. do. 1869 5 54 Bz
do. do. kleine 5 54 Bz
do. Loose (vollg.) 3 128 1/2 Bz
Ungarische Loose - 54 1/2 Bz

Zu u. ausländische Prioritäten.

Obliigationen.
Aachen-Matricht 4 1/2 91 Bz
do. II. Em. 5 99 1/2 Bz
do. III. Em. 5 99 1/2 Bz
Bergisch-Märkische 4 1/2 99 Bz
do. II. Ser. (conv.) 4 1/2 99 Bz
III. Ser. 3 v. St. g. 3 85 Bz
do. Lit. B. 3 85 Bz
do. IV. Ser. 4 99 1/2 Bz
do. V. Ser. 4 99 1/2 Bz
do. VI. Ser. 4 99 1/2 Bz
do. Düffels.-Glb. 4 91 Bz
do. II. Ser. 4 90 1/2 Bz
do. Dortmund. 4 90 1/2 Bz
do. (Nordbahn) 5 102 1/2 Bz
Berlin-Anhalt 4 97 1/2 Bz
do. do. 4 100 Bz
do. Lit. B. 4 100 Bz
Berlin-Görlitz 5 102 1/2 Bz
Berlin-Hamburg 4 94 Bz
do. II. Em. 4 94 Bz
Berl.-Potsd.-Mg. 4 93 Bz
Lit. A. u. B. 4 93 Bz
do. Lit. C. 4 92 1/2 Bz
Berl.-Stett. II. Em. 4 94 Bz
do. III. Em. 4 94 Bz
do. IV. Ser. St. g. 4 101 1/2 Bz
do. VI. Ser. do. 4 93 Bz
Bresl.-Schw.-Fr. 4 99 Bz
Rhein-Krefeld 4 96 Bz
Rhein-Mind. I. Em. 4 101 Bz
do. II. Em. 5 104 1/2 Bz
do. do. 4 95 Bz
do. III. Em. 4 93 Bz
Ebn.-Mind. IV. Em. 4 94 Bz
Coburg. V. Em. 4 93 Bz
Galle-Soran-Gub. 5 99 Bz
Märkisch-Posen 5 101 1/2 Bz
Magdeb.-Halberst. 4 100 1/2 Bz
do. do. 1865 4 100 1/2 Bz
do. do. 1873 4 100 1/2 Bz
do. Wittand. 3 72 1/2 Bz
Niederst.-Märk. 4 96 Bz
do. II. S. 62 1/2 Bz
do. c. I. u. II. Ser. 4 96 Bz
do. conv. III. Ser. 4 96 1/2 Bz
Oberschl. Lit. A. 5 91 1/2 Bz
do. do. B. 3 85 Bz
do. do. C. 4 93 1/2 Bz
do. do. D. 4 93 Bz
do. do. E. 3 85 Bz
do. do. F. 4 100 1/2 Bz
do. do. G. 4 100 1/2 Bz
do. do. H. 4 101 Bz
do. Em. u. 1869 5 103 1/2 Bz

Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

Aachen-Matricht 4 1/2 91 Bz
Altena-Kieler 5 113 1/2 Bz
Amsterd.-Rotterd. 4 104 Bz
Bergisch-Märkische 4 84 1/2 Bz
Berlin-Anhalt 4 145 1/2 Bz
Berlin-Görlitz 4 78 1/2 Bz
do. Stammpr. 5 100 1/2 Bz
Balt. russ. (gar.) 3 53 1/2 Bz
Bresl.-Kiew 5 54 1/2 Bz
Breslau-Warsh. E. 5 40 1/2 Bz
Berlin-Hamburg 4 190 1/2 Bz
Berlin-Mg. 4 100 1/2 Bz
Berlin-Stettin 4 145 1/2 Bz
Böhm. Westbahn 5 91 1/2 Bz
Bresl.-Grajewo 5 27 1/2 Bz
Bresl.-Schw.-Fr. 4 104 1/2 Bz
Rhein-Minden 4 128 1/2 Bz
do. Lit. B. 5 107 1/2 Bz
Erfeld-Kr. Kempen 5 3 1/2 Bz
Galtz.-Carls-Ludw. 5 110 1/2 Bz
Halle-Soran-Gub. 4 30 1/2 Bz
do. Stammpr. 5 53 1/2 Bz

Nr. 0 u. 1 8 1/2-8 Rt., Roggenmehl Nr. 0 8 1/2-8 1/2 Rt., Nr. 0 u. 1 7 1/2-7 1/2 Rt. per 100 Kilogr. Brutto unversch. inkl. Sack. - Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unversch. inkl. Sack per diesen Monat 7 Rt. 25 Sgr. Bz, Nov.-Dez. 7 Rt. 21 Sgr. Bz, Debr.-Jan. 7 Rt. 22 1/2 Sgr. Bz, Febr.-März 22 1/2-6 Rt. Bz, April-Mai 22 1/2 Rt. Bz, Mai Juni - (B. u. S. B.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 26" über der Dfl.	Therm.	Wind.	Wolkennorm.
19 Novbr.	Nachm. 2	27" 3 1/2 94	+ 0° 4	NW 2 3	bedeckt, Schnee
19	Abds. 10	27" 2 1/2 50	- 0° 4	N 1	trübe. St.
20	Morgs. 6	27" 2 1/2 64	- 1° 11	N 2 3	trübe. St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. Novbr. 1874 12 Uhr Mittags 0.16 Meter.
" " 19. " " " 0.18

Türk. Anleihe de 1865 44 1/2. 6proz. Türken de 1869 53 1/2. 6proz. Türken Bonds 53 1/2. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1852 102 1/2. Oesterreich. Silberrente 68 1/2. Oesterreich. Papierrente 63 1/2.

Paris 18. November, Abends. Auf dem Boulevard wurden Anleihe de 1872 zu 97, 80 und Türken de 1865 zu 44, 82 gehandelt.

Paris 19. November, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 61, 35. Anleihe de 1872 97, 82 1/2. Italiener 67, 50. Franzosen 62, 50. Lombarden 303, 55. Türken 44, 82.

Paris 19. November, Nachmittags 3 Uhr.
[Schlusskurse.] 3proz. Rente 61, 47 1/2. Anleihe de 1872 97, 95. Ital. 5proz. Rente 67, 65. Ital. Tabakb. - -. Franzosen 68, 75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 305, 00. Lombard. Prioritäten 250, 75. Türken de 1865 44, 92. Türken de 1869 273, 50. Türkenloose 127, 00.

New-York, 18. November, Abends 6 Uhr. [Schlusskurse.] Goldagio Notierung des Goldagio 11 1/2, niedrigste 10 1/2. Wechsel auf London in Gold 4 D. 86. C. Goldagio 11 1/2. 1/2. Bonds de 1885 115 1/2. neue 5proz. fundirt 112 1/2. 1/2. Bonds de 1887 118 1/2. Erie-Bahn 28 1/2. Central-Pacific 96. New-York Central-Bahn 102 1/2. Baumwolle in New-York 14 1/2. Baumwolle in New Orleans 14 1/2. Mehl 5 D. 10 C. Raffin. Petroleum in New York 10 1/2. do. Philadelphia 10 1/2. Rothe. Frühlingsweizen 1 D. 22 C. Mais (old mixed) 52. Zucker (Fair refining) New-York 8. Kaffee (Rio-) 18 1/2. Getreidefracht 6 1/2.

Das Geschäft in Eisenbahn-Aktien gewann nur geringfügigen Umfang, die Course waren vielfach nachgebend. Von Preussischen Bahnen sind in letzter Beziehung die Rheinisch-Westfälischen und Oesterreichische Devisen zu erwähnen, die auch nicht unbelebt waren. dagegen blieben Berliner Devisen leblos und ziemlich behauptet.

Leichte inländische Aktien waren wenig verändert und still; Hannover-Altenbeken und Saalbahn Stamm Prioritäts-Aktien, traten reger in Frage.

Oesterreichische Nebenbahnen waren wenig fest, Albrechtsbahn matter, Galizier und Nordwestbahn weichend und wenig fest. Rumänische Aktien